

In der vergangenen Woche scheiterte wieder einmal ein Versprechen der Großen Koalition: Die Kinderrechte sollten eigentlich ins Grundgesetz. Durch die besondere Schutzbedürftigkeit der Kinder ergibt sich eine vorrangige Behandlung und Berücksichtigung ihrer Interessen zwar auch unter anderem aus Artikel 1 und 2, es wäre aber mindestens ein Zeichen gewesen, sie nochmal zu erwähnen. Ein Zeichen, dass die Kinderrechtskonvention hierzulande ernst genommen wird. Ein Zeichen, dass die Kinder nicht vergessen werden. Denn das Gefühl haben in den vergangenen 15 Monaten viele bekommen.

Die Schulen zum Beispiel wurden eben nicht – wie von der Politik behauptet – als letztes geschlossen und als erstes geöffnet, Freunde konnten nicht besucht und Freizeitaktivitäten nicht ausgeübt werden. Viele Kinder und Jugendliche haben darunter gelitten oder leiden noch immer – teils in Form ernsthafter Erkrankungen.

Kinder und Jugendliche angemessen zu beteiligen, das ist für viele noch nicht selbstverständlich. Im Herbst wird sich das auch wieder zeigen: Wenn alle zur Bundestagswahl an die Urne gehen und dabei auch noch über die Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn mitentscheiden können, dürfen die 16- und 17-Jährigen nur einen der Zettel ausfüllen – den zum Bürgerentscheid. Auf Bundesebene wird ihnen die notwendige politische Bildung und verantwortungsbewusste Entscheidungsfähigkeit abgesprochen. Ein Schlag ins Gesicht für uns (und auch für die Politiklehrer, die uns genau diese Kompetenzen vermitteln).

Leider wird keine der beiden Entscheidungen davon beeinflusst werden, was die Menschen unter 25 dazu denken: Durch den demographischen Wandel entscheiden mehrheitlich die Rentner über unsere Zukunft. Drei Viertel der Wahlberechtigten sind über 40, die Hälfte über 55. Die Interessen der Kinder und Jugendlichen muss man daher in anderen Formaten gesondert berücksichtigen. Die Stadt geht hier gut voran mit Jugendbeteiligung wie den Planungsworkshops beim Europaplatz und der regelmäßigen Konsultation des Jugendgemeinderats, aber auch hier hängt es stark vom einzelnen Projekt und seinen Verantwortlichen ab, ob es eine für Kinder und Jugendliche angemessene Beteiligungsform gibt.

Bei der BürgerApp immerhin ist man ab 12 dabei – nutzt die Gelegenheit und nimmt an der laufenden Abstimmung teil!